

II-984 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 577/J

1987-06-24

A n f r a g e

der Abgeordneten SCHEUCHER

und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Justiz

betreffend Maßnahmen des Bundesministeriums für Justiz hinsichtlich einer Verwertung des seit Jahren leerstehenden Schlosses Maria Lankowitz im Bezirk Voitsberg

In der XVI. Gesetzgebungsperiode wurde die Strafanstalt Maria Lankowitz im Bezirk Voitsberg mit einem Kostenaufwand von 27,5 Mio. Schilling neu errichtet. Seit diesem Zeitpunkt steht die bisherige Gefangenenunterkunft im Schloß Maria Lankowitz leer.

Seit einiger Zeit bemüht sich nun die Marktgemeinde Maria Lankowitz, dieses anscheinend dem Verfall preisgegebene Schloß im Interesse des Ortsbildes vom Bund käuflich zu erwerben.

Leider sind alle Bemühungen der Marktgemeinde Maria Lankowitz bei den verschiedenen Bundesstellen bisher aus unerklärlichen Gründen ergebnislos verlaufen.

Um dieses Begehren der Marktgemeinde Maria Lankowitz im Interesse der Ortsverschönerung und des Fremdenverkehrs zu unterstützen, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Justiz nachstehende

A n f r a g e :

1. Wann kann die Marktgemeinde Maria Lankowitz mit der Erledigung ihres Ansuchens, das Schloß samt Areal käuflich zu erwerben, rechnen?
2. Welche Kosten sind dem Bund an Gebühren, Abgaben etc. entstanden, weil der von der Marktgemeinde Maria Lankowitz angestrebte Verkauf bis heute noch nicht abgeschlossen werden konnte?
3. Inwieweit ist das Land Steiermark in diese Verkaufsverhandlungen als mittelbare Bundesverwaltung eingebunden und haben sich dadurch Verzögerungen ergeben?